

Wandel als Chance

Wie reagieren Kommunen auf die neue Gesellschaft?

Wer zu Beginn des 21. Jahrhunderts die „großen Aufgaben“ der Kommunalpolitik angesichts gewaltiger Investitionen in Städte- und Wohnungsbaubau, Modernisierung der Infrastruktur und ökologischem Umbau für erledigt hält, täuscht sich. „Demografischer Wandel“, diese Formel birgt zahlreiche neue Herausforderungen an eine moderne Kommunalpolitik, denen sich Sozialdemokraten in Stadt und Land



verantwortungsvoll und zukunftsfähig stellen.

Zu diesem Fazit kommt unweigerlich der Zuhörer, der am Zukunftsforum der SGK in Münster teilgenommen hat. Unter professioneller Leitung des Chefs des Instituts für Landes- und Stadtentwicklung, Prof. Dr. Rainer Danielczyk, diskutierten Spitzenpolitiker die „Chancen des Wandels im demografischen Prozess“.

Was sind die sozialen Herausforderungen für die Kommunen, wo liegen die Chancen, wie können Kommunen und Land den Gestaltungsauftrag bei leeren Kassen erfüllen?

STIMMT DAS FRAMEWORK NOCH?

Angesprochen auf die Schnittstellen einer Großstadt zu Fragen des demografischen Wandels, bieten dem Dortmunder Oberbürgermeister, Dr. Gerhard Langemeyer, die Veränderungen vor allem neue Chancen für die Attraktivität der Zentren. Ihre Modernisierung, die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität müsse dazu beitragen, die Abwanderung ins Umland zu reduzieren, den Ressourcenverbrauch zu senken.



„Stimmt das ‚Framework‘ – die Rahmenbedingungen – noch?“ fragte Kommunalminister Dr. Fritz Behrens in die Runde. Wir brauchen eine Verständigung, wie wir ältere Menschen verbessert in kommunalpolitische Entscheidungen einbeziehen; geklärt werden müsse, ob Altersverschiebungen und damit verbundene Lasten in die Finanzierung der Kommunen einfließen müssen; im Bereich der inneren Sicherheit bekomme man es mit Erwartungen der neuen (älteren) Kundschaft und ihrem Sicherheitsbedürfnis und –gefühl zu tun; schließlich dürften durch Zuwanderung und Integration große Herausforderungen für die Organisation des Zusammenlebens auf die Kommunen zukommen.



INTEGRATIONSMASCHINE STADT



Achim Großmann, Staatssekretär im Bundesbau-Ministerium verwies auf die Stadtumbau-Programme, die es den Kommunen ermöglichen, auf neue Herausforderungen zu reagieren und nannte darüber hinaus drei Bereiche von besonderer Bedeutung: die altengerechte Stadt mit Verflechtungen in alle Bereiche städtischen Lebens, die „Integrationsma-

schine“ Stadt, die ihren Aufgaben gerecht werden können muss und den Aufbau und die Förderung „zivilgesellschaftlicher Strukturen“.

Gemeinsam war den sozialdemokratischen Vertretern von Bund, Land und Kommunen das Anliegen einer besseren Finanzausstattung. Die „chronische Unterfinanzierung der Kommunen“ müsse beendet werden (Behrens); er erinnerte an den CDU/CSU-Widerstand bei der Gemeindefinanzreform, ermahnte aber auch diejenigen in der SPD, die vorschnell immer weitere Steuerentlastungen fordern. Die steuerlichen „Anreize zur Wanderschaft“ wie Pendlerpauschale und Eigenheimzulage müssten gestoppt werden (Langemeyer) und für Steuersparmodelle durch Schiffsfonds, die den Schiffsbau in Asien fördern und unseren Werften Konkurrenz machen, sei kein Platz mehr (Großmann).

MEHR INTEGRATION, MEHR PRÄVENTION



Familien- und Sozialministerin Birgit Fischer bezog den Begriff des aktivierenden Staates auf die Sozialpolitik: Moderne Familienpolitik, soziale Integration (Zusammenhalt in der Gesellschaft) durch Mobilisierung gesell-

schaftlichen Engagements der aktiven Alten, die für verschiedene Aufgaben (auch im Bereich der Pflege) motiviert werden, das sind zwei wichtige Herausforderungen. Die stärkere Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik könne zu besseren Versorgungsstrukturen führen, wie die Gesundheits- und die Seniorenwirtschaft als Beispiele von beträchtlicher (stadt-)ökonomischer Bedeutung zeigten.

DEN BLICK AUF DIE NACHWACHSENDE GENERATION RICHTEN

Mehr den Blick auf die nachwachsende Generation richtete Schul- und Jugend-

ministerin Ute Schäfer. Die Zusammenführung von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung müsse fortgesetzt werden. Die Schritte



zur Integration von Schule und Lebenswelt junger Menschen, wie sie konsequent in NRW gegangen würden, seien erfolgversprechend; die frühe Förderung junger Menschen und die geschlossene Betreuungskette fördern nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern stellen auch wichtige Rahmenbedingungen für Ehepaare bei ihrer Entscheidung, Kinder bekommen zu wollen, dar.

DIE „BABYBOOMER-GENERATION“ KENNT NUR WACHSENDE VERSORGUNG

Die Folgen des demografischen Wandels seien auch in den Klein- und Mittelstädten konkret erfahrbar. „Wir müssen deshalb heute umsteuern“, fordert Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin aus Wesel und hält die Entscheidungen der Agenda 2010 insgesamt für richtig. Ebenso wie die Notwendigkeit zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sprach sie sich für einen früheren „Einstieg in die Gesellschaft“ aus. Die Maßnahmen in NRW, angefangen von der Frühförderung bis zum Abitur nach 12 Jahren sind deshalb richtig. Wir müssen aber auch der „Babyboomer-Generation“, die nur wachsende Versorgung kenne, ihre eigene Anspruchshaltung vor Augen führen. Bei der älteren Generation müsse stärker differenziert werden: Anerkennen, wo Potentiale vorhanden sind, Unterstützen, wo Hilfe nötig ist. „Manchmal auch gesellschaftliche Tabus brechen“, so die mutige, junge Bürgermeisterin, wenn sie über die Chancen der älter werdenden Gesellschaft spricht.



Frühe Förderung, Bildung für alle, Prävention (Ute Schäfer), soziale Frühwarnsysteme und Integration (Birgit Fischer) in allen sozialpolitischen Handlungsfeldern; die passgenaue Unterstützung, die aus einem kommunal begleiteten Familienmanagement erwachsen kann, gelingende Integration von Migranten und vor allem Kommunikationsstrategien zur Überwindung von sozialer Ab- und Aufspaltung der lokalen Gemeinschaft, bilden zahlreiche neue Aufgaben einer Kommunalpolitik, die den demografischen Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance versteht.

Wer die Zukunftsfelder der Kommunalpolitik besetzen und weiter entwickeln will, muss die Chancen des demografischen Wandels erkennen. „Wir werden die Debatte fortsetzen müssen, es liegt noch eine Menge Arbeit vor uns“, so SGK-Landesvorsitzender Dr. Gerhard Langemeyer zum Schluss.

Land NRW unterstützt Kommunen bei Feinstaubproblematik

In der letzten Sitzung des SGK-Landesvorstandes berichtete NRW-Verkehrsminister Axel Horstmann über die aktuelle Problematik der Feinstaubbelastung in nordrhein-westfälischen (Groß-)Städten und Gemeinden. Horstmann gab einen Überblick über die bisherigen Leistungen des Landes NRW zur Luftreinhaltung durch eine moderne Infrastrukturpolitik und diskutierte die Möglichkeiten der Kommunen, das Problem vor Ort anzugehen. In einem achtseitigen Papier hatte Horstmann die Aktivitäten des Landes im Bereich der Schaffung von Ortsumgehungen bis hin zur Förderung der Nachrüstung von Busflotten aufgelistet und kündigte weitere Hilfestellungen an. So sollen auch in der Stadtverkehrsförderung Projekte wie z.B. Routenkonzepte vorrangig unterstützt werden, die dazu beitragen, dass die Kernstädte vom Verkehr entlastet werden. Kritisch sah Horstmann die steuerliche Förderung von Neufahrzeugen mit Russpartikelfiltern, da diese z.B. bei einigen Modellen schon serienmäßig angeboten würden. Allenfalls über die steuerliche Förderung der Nachrüstung von Altfahrzeugen könne man reden. In Richtung Bund wurde aus den Reihen des Vorstandes eine Flexibilisierung der Straßenverkehrsordnung eingefordert, damit Kommunen auch schon vorbeugend Maßnahmen ergreifen könnten.

Weitere Infos sind im Internet der SGK NRW unter www.sgk-nrw.de (Rubrik: Service & Infos / Themenportal / Verkehr) hinterlegt.

50.000 Zusatzstellen für ältere Langzeitarbeitslose

Ältere Langzeitarbeitslose sollen ab sofort längerfristige Zusatzjobs erhalten. Nach einer Ankündigung von Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement will der Bund zusammen mit den Ländern 50.000 zusätzliche Stellen für ältere Arbeitslosengeld-II-Bezieher schaffen. Die als „1-Euro-Jobs“ bekannt gewordenen gemeinnützigen Tätigkeiten, für die Langzeitarbeitslose neben dem Arbeitslosengeld II eine sog. „Mehraufwandsentschädigung“ erhalten, sind derzeit auf ein halbes Jahr zeitlich begrenzt. Für Langzeitarbeitslose über 58 Jahren soll der Förderzeitraum jedoch auf bis zu drei Jahren ausgedehnt werden. In diesem Jahr sollen die Kosten aus den Eingliederungsmitteln der Bundesanstalt für Arbeit bestritten werden, in den Folgejahren wollen sich Bund und Länder die Kosten teilen.

Demografischer Wandel beschäftigt Landesregierung

Bei allen Gesetzen und Maßnahmen der Landesregierung sollen künftig die Folgen für die demographische Entwicklung und ihre Bewältigung ausdrücklich mitbedacht werden. In einem vom Kabinett Mitte April beschlossenen Handlungskonzept „Demografischer Wandel“ werden für alle Politikfelder – von der Sozial- bis zur Städtebaupolitik, von der Arbeitsmarkt- bis zur Zuwanderungspolitik – konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt, die die Landesregierung Schritt für Schritt abarbeiten will. Ministerin Birgit Fischer sagte bei der Vorstellung des Handlungskonzeptes in Düsseldorf, dass Nordrhein-Westfalen die demographische Entwicklung „nicht als unabwendbares Schicksal hinnehmen, sondern sie beeinflussen und die Folgen gestalten“ wolle. Es gelte, die Chancen der „Gesellschaft des langen Lebens“ zu nutzen und zugleich den Risiken des demografischen Wandels zu begegnen.

Das Handlungskonzept der Landesregierung kann neben anderen Informationen zum Thema im Mitgliederbereich unter www.sgk-nrw.de (Rubrik Materialien / Zukunft der Städte) abgerufen werden.